

Jetzt gilt's

Wir sind eine Belegschaft

**3.000 Euro auch für
Leiharbeiter-Kollegen**

STREIK

Ein Leiharbeits-Kollege nach dem anderen ergreift auf der Betriebsversammlung am Dienstag das Wort. Wir waren mit euch zusammen im Warnstreik, wir verlangen auch die 3.000 Euro aus dem Tarifvertrag. Jetzt reicht's! Wir bekommen schon kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld, keine Gewinnbeteiligung, keinen T-Zug, kein Transformationsgeld usw. Wir verlangen die 3.000 Euro auch für uns. Basta! Riesen Beifall aller Stammbeschäftigten und Leiharbeiter. Und was passiert nach der Betriebsversammlung? Anstatt weiter sitzen zu bleiben und die Arbeit erst gar nicht anzutreten, bevor die Werkleitung die Zahlung von 3.000 Euro an die Leiharbeiter und auch die Kollegen der Fremdfirmen wie Gabis, Dekra etc. unterschreibt, steht nach der Versammlung alles auf und arbeitet weiter, als wäre nichts gewesen. Geht's noch?

Sind wir gestandene Arbeiter oder verhalten wir uns schon wie die Beifall klatzschenden Kleinbürger für die Krankenschwestern während Corona, um sie dann im Regen stehen zu lassen? Nein

und nochmals Nein! Die Vertrauensleute von Mercedes Untertürkheim und Porsche Zuffenhausen beschloss die Ablehnung des Tarifvertrags, auch wegen der Ungleichbehandlung der Leiharbeiter.

Zeigen wir denen da oben vom Daimler, dass wir Arbeiter sind und Handeln auf Arbeiterart:

Wir legen gemeinsam die Arbeit nieder, ob fest Beschäftigter, Leiharbeiter oder Fremdfirmen. Wir sind eine Belegschaft, ein Betrieb, wir sind eine Klasse. Wir machen Schluss mit der Spaltung. Noch herrscht keine Friedenspflicht, die tritt erst am 16. Dezember nach Ablauf der Erklärungsfrist wieder ein.

Meldet euch massenhaft beim Vorgesetzten ab und geht zum Betriebsrat. Zwingt sie zu sofortigen Aktionen. Wir werden immer mehr und marschieren gemeinsam auf den Hof zur Versammlung. Die Bänder stehen still und der Streik läuft. Verlängert die Pausen und verlangt 3.000 Euro für Alle. Kommt nichts raus, legen wir die Arbeit nieder und stimmen ab für den unbefristeten STREIK!

Wann, wenn nicht jetzt! Wer, wenn nicht Wir! Auf geht's! STREIK!

WOZU BRAUCHT DER ARBEITER UND DAS VOLK NOCH KRANKENHÄUSER ?

Geht es nach der Regierung und dem Staat und den einzelnen Ministern, hat entweder der Arbeiter und Werktätige nicht krank zu sein – oder wenn er schwer erkrankt ist, hat er gefälligst seine Krankheit nicht in Krankenhäusern auszukurieren. Gesundheitsminister Lauterbach und seine Regierungskommission „für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenversorgung“ haben beschlossen, dass ab dem 1.1.2023 einzelnen Kranken die stationäre Behandlung und damit der Klinikaufenthalt untersagt werden soll. Das trifft jeden vierten Kranken, der keine stationäre Behandlung mehr zu erwarten hat, sondern bestenfalls – wie beim niedergelassenen Arzt – eine ambulante Behandlung und dann aber nach Hause ins eigene Bett. Das zwingt die kommunalen Häuser zu weiteren drastischen „Sparmaßnahmen“ am Kranken, dem dadurch weitere Krankenhäuser, ob in den Städten oder auf dem flachen Land verlustig gehen. Das „Krankenhaussterben“ soll also weitergehen. Von den aktuell noch knapp 2000 Kliniken sollen nur wenige Hundert überleben. Und das Unwesen im westdeutschen Gesundheitswesen mit den Praxen und den niedergelassenen Ärzten und Medizinischen Versorgungszentren soll so weiter gehen und gestärkt werden. Die Volksgesundheit wird dem Privatbesitz und dessen Kriterien gänzlich unterworfen. Der Kranke hat Profit einzubringen – was sonst – am Ende muss sich das Ganze rentiert haben. So wird eben weiterhin der Arbeiter, der Werktätige in seiner Krankheit zur Ware. Die kapitalistische Gesellschaft finanziert die Privatisierung durch immer höhere prozentuale Beiträge von Lohn und Gehalt für die Krankenkassen und die übr-

gen „Sozialkassen“. So ergaunert die kapitalistische Gesellschaft immer mehr Geld aus dem Volk für immer geringere Volksgesundheitsfürsorge.

Möge das gemeine Volk doch schauen, wo es bleibt, aber bitte sehr nicht in einer Klinik und schon gar nicht über Nacht.

Weniger Übernachtungen, weniger Betten, damit spart man auch klinisches Personal ein und ruiniert dabei deren Gesundheit. Nachdem die Arbeiterklasse die Unterversorgung aus Steuergeldern bezahlt hat, gefährden obendrein die drohenden Mietsteigerungen und die Inflation ihr privates Bett in der eigenen Wohnung.

Wenn die Arbeiterklasse und an ihrer Seite die Werktätigen nicht gemeinsam mit dem Klinikpersonal gegen diese Regierung und das Kapital in den Kampf treten, sollte man in Deutschland besser nicht krank werden. Beginnen wir den Kampf gemeinsam in der kommenden Tarifrunde der kommunalen Krankenhäuser. Klinik, Bahn, Hafen und Fabrik – blasen wir gemeinsam dem Gesundheitsminister den Marsch. Für ein Gesundheitswesen, das den Namen auch verdient. Gemeinsam kann man sich die Volksgesundheit und ihre nötige Behandlung in Krankenhäusern erkämpfen. **Setzen wir dem Krankenhaussterben ein Ende!** Dafür bedarf es eben auch: **Dass das Volk – die Arbeiterkassen in die eigene Hand nimmt!** Statt sie als Kriegskassen gegen das Volk dem Klassenfeind, von Regierung oder Staat – oder jedem einzelnen Kapitalisten – zur Ausplünderung zu übergeben! Wem seine Gesundheit was wert ist, kann sie ohne seinen Widerstand sich nicht erhalten!

**Arbeiterkassen in Arbeiterhand –
Schluss mit der Zerstörung der staatlichen Krankenhäuser!**



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD